

Die Grenzen der Beteiligung

Bürger werden in politische Entscheidungen eingebunden – das birgt Chancen, macht aber auch Probleme

Der Bürger will beteiligt werden. Verfahren, wie sie die Verkehrsbehörde zum Verkehr durchgeführt hat, kommen gut bei den Menschen an – und bieten der Politik die Chance, den Sachverstand der Bürger in ihre Entscheidungen einfließen zu lassen. Die positiven Aspekte können aber auch schnell in Frust umschlagen.

VON HELGE DICKAU

Bremen. Der Bürger von heute will nicht nur gefragt werden, er will aktiv an politischen Entscheidungsprozessen mitwirken. Direkte Bürgerbeteiligung wird eingefordert, und in Bremen wird sie auch umgesetzt: So setzt die Behörde für Umwelt, Bau und Verkehr seit Kurzem darauf, die Meinung der Bremer im Internet einzuholen. Doch ein solches Verfahren birgt auch Risiken und Streitpotenzial – spätestens dann, wenn es von der virtuellen Ebene auf die des direkten Dialogs geholt wird.

So geschehen im Fall des Verkehrsentwicklungsplans. Die Behörde hatte die Bürger aufgefordert, im Internet ihre Meinung zu den Verkehrsproblemen Bremens zu äußern. Dann wurde das Thema auf Stadtebene in Bürgerforen diskutiert, die zwar gut besucht, aber nicht überlaufen waren. „Die Internetbeteiligung war sehr gut“, sagt Behördensprecherin Brigitte Köhnlein. „Aber es hat nicht dazu geführt, dass die Leute alle auf die Bürgerversammlung gehen.“ Dann, als in der nächsten Runde die Beiräte beteiligt werden sollten, gab es Streit.

Frust bei den Beiräten

Denn: Nicht jeder einzelne Beirat wurde gehört, die Gremien wurden zusammengefasst, so auch im Bremer Süden. Das werde der Vielfalt der Stadtteile nicht gerecht, sagt der Huchtinger Ortsamtsleiter Uwe Martin. Offenbar gebe es kein Interesse, die Ebene der Stadtteile mit ihren konkreten Anliegen zu hören, „das ist keine Beteiligung“, so Martin. Die Behörde sieht das anders. Sprecherin Brigitte Köhnlein spricht von einem „Missverständnis“: Für einzelne Probleme sei der Raum zwar durchaus da. „Aber bei der Analyse der Chancen und Mängel geht es um eine allgemeine Bestandsaufnahme“, sagt sie.

Politikwissenschaftler Lothar Probst sieht Bürgerbeteiligungen grundsätzlich positiv. „Sie sind eine Möglichkeit, Anregungen aufzunehmen“, sagt er, „die Politik wäre schlecht beraten, den Sachverstand der Bürger nicht einzubeziehen.“ Aber: Je vielstimmiger der Chor, desto schwieriger sei er zu dirigieren, sagt er. Die Krux dabei: Die Politik kann zwar viele Stimmen hören, entscheiden muss sie aber allein. Dass Beteiligungen angeboten werden, letztlich aber etwas anderes dabei her-



auskommt, als sich die Bürger wünschen – „das erzeugt Frust“, sagt Probst.

Der Politologe kennt diesen Frust aus den Planungskonferenzen, in denen sich die Beiräte regelmäßig mit der Behördenverwaltung austauschen. Während die Beiräte aus Sicht vieler Behördenvertreter Kirchturmpolitik betreiben, ärgern sich andererseits die Beiräte darüber, dass die Behördenverwaltung lediglich ihre Interessen vertritt, erläutert Probst: „Da schütteln viele nachher nur den Kopf und fragen sich, was ihr ehrenamtliches Engagement überhaupt soll.“

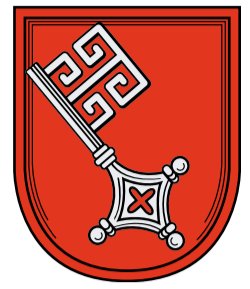
Ähnlich erging es den Mitgliedern des Beirats Borgfeld. Dort geht es nicht um den Verkehr, sondern um den Flächennutzungsplan Bremens – den hat der Beirat ein-

stimmig abgelehnt. „Trotz unserer Bedenken sind neue Flächen vorgesehen“, sagt Beiratsprecher Gerd Ilgner. Der Beirat hatte im Vorfeld mitgeteilt, dass Wohnflächen nur sinnvoll seien, wenn auch für die entsprechende Infrastruktur gesorgt würde. „Das birgt Frustpotenzial“, sagt Ilgner. „Wir wünschen uns, dass unsere Interessen gehört werden.“ Behördensprecherin Köhnlein weist darauf hin, dass in der derzeitigen Phase des Verfahrens, das gesetzlich geregelt ist, eine Beteiligung der Öffentlichkeit nicht vorgesehen sei – „das machen wir zusätzlich“, sagt sie. So gibt es auch beim Flächennutzungsplan die Möglichkeit, über das Internet Einfluss zu nehmen. Diskussionsforen wie beim Thema Verkehr gebe es hingegen nicht, eine solche Herangehensweise sei personell nicht zu leisten, sagt die Sprecherin.

Das Verfahren zum Verkehrsentwicklungsplan

■ **Mit dem Beteiligungsverfahren am Verkehrsentwicklungsplan hat die Verkehrsbehörde Neuland betreten. Der Plan, der derzeit entsteht, soll die künftige Entwicklung des Verkehrs in seinen verschiedenen Formen beschreiben. Auf der Internetseite brembewegen.de konnten Bürger im Vorfeld angeben, an welchen Stellen sie Verbesserungsbedarf sehen, und die einzelnen Beiträge aus dem Forum diskutieren. Die Auswertung dieser Angaben läuft und soll**

im Frühjahr veröffentlicht werden. Auf Bürgerforen, die in verschiedenen Stadtteilen stattfanden, wurden allgemeine Fragen und Probleme zum Thema Verkehr vorgestellt. Der nächste Schritt war die Beirats-ebene, auch diese Gremien sollten so an der Diskussion beteiligt werden. Zusammengefasst gilt dies als erste Runde, in der Chancen und Mängel analysiert werden sollen, ab Frösommer sollen Maßnahmen entwickelt werden.



Ich kann, weil ich will, was ich muss.
IMMANUEL KANT (1724 – 1804)

FELIX

Eine Wenigkeit

VON HERMANN GUTMANN

Felix hat dieser Tage mal wieder eine Wenigkeit getroffen. Auf den ersten Blick schien die Wenigkeit ein Mann wie jeder andere zu sein. Gut, er hatte einen etwas schiefen Mund, der aber im Gespräch nicht weiter auffiel. Auch trug er einen Namen, der in die Landschaft passte. Doch dann gab er Folgendes von sich: „Gestern saß ich mit einer kleinen Gruppe in einer Kneipe zusammen. Es wa-

ANZEIGE

WEINMESSE
[Rheinland-Pfalz]
Deutschlands Weinald Nr. 1

Messe Bremen · Halle 7
15.-17.3.2013

Probieren · Informieren · Genießen · Kaufen

WWW.WEINMESSE-RLP.DE

FR 15-21 UHR · SA 13-21 UHR · SO 11-19 UHR
EINTRITT: 15 EUR BEI FREIER VERKOSTUNG

Eine Initiative des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz
Mit freundlicher Unterstützung von **ASTRATLACHINGER**
Das Wasser. Seit 1742.

ren die Herren Kruse, Kröger, Paul Meyer und meine Wenigkeit.“ Felix fragte: „Wer, sagten Sie, war die Wenigkeit?“ Und die Wenigkeit antwortete: „Ich!“ „Ich wusste gar nicht, dass Sie so wenig sind“, meinte Felix. „Aber wenn Sie das sagen...“ „Na ja“, sagte die Wenigkeit. „Das ist doch nur so ein Schnack, nichts weiter!“ Felix dachte: Ein Schnack von Leuten, die sich für besonders wichtig halten. Aber das sagte er lieber nicht.

Ausschuss gewährt Finanzhilfe für Stiftung Wohnliche Stadt

Parlamentarier erlassen Schulden von rund vier Millionen Euro

VON WIGBERT GERLING

Bremen. Eine Zukunft ohne die Stiftung Wohnliche Stadt? Dieses Thema lag in der Sitzung des Haushaltsausschusses zwar phasenweise in der Luft – auf dem Tisch aber lag eine Vorlage, mit der dafür gesorgt wurde, dass die Einrichtung weiterhin eine Zukunft hat. Die Parlamentarier stimmten mehrheitlich dafür, dass der Haushalt gut vier Millionen Euro Stiftungsschulden übernimmt. Zudem wird der Stiftung gestattet, bis zu 200000 Euro aufzunehmen, um finanziell flüssig zu sein.

Die Stiftung Wohnliche Stadt war 1980 mit Genehmigung der Innenbehörde gegründet worden. Der Zweck: Sie sollte mit einer Abgabe aus den Betriebserlösen der damals neuen Spielbank Gutes für die Städte Bremen und Bremerhaven tun, wo sich die öffentliche Hand nicht finanziell engagieren wollte oder konnte. Die Stiftung ist privatrechtlich organisiert, aber politisch gesteuert. Dem Stiftungsrat gehören Senatoren und Abgeordnete an.

Da der Geldzufluss aus der Spielbank seit einiger Zeit spärlicher ausfällt und die öffentliche Hand nun aktuell für die Milliardenschulden einstehen muss, schwingt inzwischen manchmal die Überlegung mit, ob ihre Zeit nicht abläuft. „Die Stiftung ist wie ein kleiner Garten mit einem Zaun drum herum“, sagte ein Parlamentarier bei der Haushaltsausschusssitzung, „da kann man mit kleineren Beträgen abseits der großen Verteilungskämpfe um die Haushaltsmittel etwas Gutes in den Stadtteilen tun.“

Daran ist auch der Ausschussvorsitzende Gabi Piontkowski gelegen. Gleichwohl enthielt sie sich der Stimme, als die Übernahme der Schulden beschlossen wurde. Sie trat dafür ein, diesen Beschluss zu vertagen und verband dies mit einer Forderung an das Finanzressort und die rot-grünen Koalitionsabgeordneten. Vor diesem „Griff in die Schatulle“, so Gabi Piontkowski, müsse erst einmal ein Konzept erarbeitet werden, dem entnommen werden könne, „auf welcher Grundlage dauerhaft die Zukunft der Stiftung gewährleistet werden“ solle.

„Abwarten hieß, die Stiftung in die Insolvenz zu treiben“, hielt der SPD-Abgeordnete Max Liess dagegen. Und auch Hermann Kuhn (Grüne) mochte Piontkowski nicht folgen. Die Übernahme der Schulden sei schließlich ein Schritt zugunsten der Lebensfähigkeit der Stiftung. Er unterstütze es, wenn es eine solche Möglichkeit gebe, in den Stadtteilen „auf niedrigem Niveau“ auch unabhängig vom Haushalt einzelne Vorhaben zu bezahlen. Die Frage, ob so eine Einrichtung notwendig und sinnvoll sei, könne sich „in drei oder vier Jahren noch einmal neu stellen“.

Detlef Meyer-Stender, Vizepräsident des Rechnungshofs, machte keinen Hehl daraus, dass der Rechnungshof einen „Nebenhaushalt“ mit einer solchen Stiftung kritisch betrachte. Und wenn die Spielbankabgabe und damit die Zahlung an die Stiftung inzwischen deutlich geringer ausfalle, müsse gefragt werden: „Wann ist die kritische Kleinheit erreicht – und wann lohnt es nicht mehr?“



Enthielt sich der Stimme: Gabi Piontkowski. FOTO: KUHAUPT

ANZEIGE

„Richtiges Liegen im Bett“

EXPERTEN-VORTRÄGE Worauf es beim Bettenkauf ankommt – wie man Fehlkäufe vermeidet.

Gutes Ein- und Durchschlafen ist Voraussetzung für die Gesundheit des Menschen.

Der Schlaf gehört wohl zum Intimbereich eines jeden Menschen – das Bett ist Rückzugsort, Oase der Ruhe und Entspannung, Ort der Geheimnisse und Träume des Einzelnen.

Telefonische Platzreservierung möglich
Der Eintritt ist frei!

Hier durchleben wir unsere Erfahrungen vom Tage, mit Menschen oder Situationen, aber auch Wünsche, Hoffnungen, Erwartungen, Phantasien oft noch einmal – ganz für uns. Viele Menschen in Deutschland leiden an Schlafstörungen oder

Liegeproblemen und sind unzufrieden mit der Qualität ihres Schlafes. Den Betroffenen wird oft durch Rückenschmerzen und Ihren schlechten Schlaf selber bewußt, in welchem Maße die Lebensqualität gemindert wird, wenn der Körper und der Geist nicht die Ruhe und die Erholung bekommen, die wir benötigen.

Bettenexperte und Präventologe **Markus Kamps** ist als unabhängiger Verbraucherberater in Bremen zu Gast und gibt Tipps, worauf beim Bettenkauf zu achten ist. Denn viel zu oft kommt es aufgrund fehlender Beratung und unterlassener Berücksichtigung der persönlichen Bedürfnisse beim Bettenkauf zum Fehlkau. Viele Käufer von Bettausstatt-

tungen sind mit den ausgewählten Produkten unzufrieden. Der bundesweit bekannte Experte Markus Kamps informiert in seinem Vortrag über wichtige

Kriterien, die Sie unbedingt beachten sollten.

Platzreservierungen ab sofort möglich unter: 0421 / 327307



Die Vorträge finden statt:
- Mittwoch, 13.03.2013 um 13:30 Uhr und 17:30 Uhr
- Donnerstag, 14.03.2013 um 10:30 Uhr

Veranstaltungsort:
Bettenhaus Uwe Heintzen
28195 Bremen, Am Wall 165 –167



ACHTUNG: Schlaf- und Bettensprechstunde im Einzelgespräch mit Herrn Kamps nach Absprache am Mittwoch möglich.

Wir klären auf: Wie Sie gesundheitlichen und finanziellen Fehlentscheidungen vorbeugen können